





den Willen zu einer ungenügenden Bezahlung der Angestellten, Arbeiter und Beamten, die im Dienste des Reiches stehen, bedeuten soll. Sparsamkeit der Verwaltung ist nur dann am Platze, wenn sie rationellere Organisation der Aemter, Ausschreibung aller nur aus dem Geiste der heiligen Bureaufraude geborenen Zwischenstellen, schnellere und zweckmäßigere Arbeitsverfahren herbeizuführen vermag. Niemand ist sich im Unklaren, daß in dieser Hinsicht sehr viel im Argen liegt und daß vor allem eine organische Neu- und Umgestaltung nicht nur im Interesse des Staatsbürgers, sondern mehr noch im Interesse der von diesen Behörden verwalteten Menschen liegt. Millionen sind durch eine Reform an Haupt- und Gliedern zu ersparen, aber keineswegs die Duzende von Milliarden, die wir in Wirklichkeit als Defizit vor uns sehen.

Die Lasten des Reiches werden aber in der Hauptsache aus anderen Quellen ständig vermehrt. Die notwendigen Zuschüsse zu den teuren Lebensmittelpreisen, deren Beitrag voraussichtlich bei der Verschlechterung der Valuta und dem nahenden Zusammenbruch unserer Brotgetreideversorgung sehr hoch sein wird, belasten die Reichskasse, die Freisetzung von Arbeitern durch die Einschränkung der industriellen Produktion, erfordert Bereitstellungen der öffentlichen Körperschaften, die angesichts der Wirtschaftslage eine steigende Tendenz zeigen.

Die Defizite der Reichsunternehmen, deren Ursachen durchaus nicht allein in der schlechten Organisation oder der geringen Leistung dieser Betriebe gegeben sind, können nicht über Nacht beseitigt werden. In ihnen zeigen sich die Folgen der struppelosen Raubbaupolitik, die während der Kriegsjahre am Gut und Leben des Volkes getrieben worden ist, besonders deutlich. Ihre Defizite müssen zum größten Teile auf die von rücksichtslos Profitinteressen diktierten Steigerungen der Preise der Umprodukte zurückgeführt werden, denen sie keine entsprechenden Tarifierhöhungen aus allgemein-wirtschaftlichen Erwägungen entgegenlegen konnten. Sicherlich wird auch diesen Organisationen mehr als genug zu rationalisieren und zu modernisieren sein, aber wenn immer wieder über die großen Hebelbeträge der Eisenbahn oder Post lamentiert wird, soll man doch die Hauptursachen hell und eindeutig herausheben!

Falls wir uns diese Bedingtheit der Reichswirtschaft vor Augen führen, werden wir ohne weiteres erkennen, daß die Vorschläge des Reichsfinanzministers alles andere als eine Bürgschaft für baldige Gesundung. Sie sind geboren aus der Scheu vor der Anwendung der notwendigen radikalen Mittel, ohne die wir aus dem gegenwärtigen Chaos nicht herauskommen. Es ist nicht anzunehmen, daß eine Regierung in dieser oder einer ihr ähnlichen Zusammenfassung von der Politik der kleinen Mittel abgehen wird, weil sie Vertreterin kapitalistischer Interessen ist und weil der Weg zur Neuordnung einzig und allein über die heiligen und durch die Verfassung erneut verbrieften Eigentumsrechte hinweg führt. Hohe Vermögenssteuern als Einleitung einer beschleunigten Sozialisierung und großzügige Entfesselung aller produktiven Kräfte des gesamten Volkes, das ist die Parole, die das Proletariat als Träger der kommenden Gesellschaft der Politik der kleinen Mittel entgegensehen muß, mit der ihre Vertreter auch in Zukunft Schiffbruch leiden werden!

## Polnisches Spigeltum

### Verhaftung des Genossen Herz

Die Fälle, in denen die polnischen Militärbehörden ohne jede Veranlassung, lediglich aus Furcht vor den Bolschewisten, beim Passieren des Korridors sich Übergriffe gegen deutsche Reisende gestatten, nehmen sich täglich. Einer der schroffsten Fälle dürfte wohl der sein, der am Sonnabend zu der Festhaltung des Reichstagsabgeordneten Genossen Herz in Dirschau geführt hat.

Herz war am Freitagabend von Berlin fortgefahren, um am Sonnabend und Sonntag in Elbing und Marienburg in öffentlichen Versammlungen zu sprechen. Von Stettin bis Danzig bestand er sich völlig allein im Abteil. In Danzig stieg ein Herr ein, zwei andere Herren, die im Auftrag des Reiches Niederbarnim in Ostpreußen (sic) abnehmen sollten, erst in Dirschau. Die Passkontrolle in Dirschau hatte ergeben, daß die Papiere aller vier Reisenden durchaus in Ordnung waren. Herz besaß keine Legitimation als Mitglied des deutschen Reichstags, die erst am 23. September mit dem Blum des Polnischen Generalkonsulats in Berlin versehen war. Unmittelbar vor Abgang des Zuges kam jedoch ein polnischer Offizier, revidierte die Pässe erneut und erfuhr alle vier Herren, den Zug zu verlassen. Der Zug hatte sich aber während dieser Aufforderung schon in Bewegung gesetzt, kurz vor der Brücke über die Weichsel aber wurde er zum Halten gebracht und die vier Reisenden zum Aussteigen gezwungen.

Von einer Angabe des Grundes der Verhaftung war weder in diesem Augenblick, noch irgendwann später die Rede. Alle vier Herren wurden unter militärischer Begleitung zur Ortskommandantur gebracht und von dort ohne jedes Verhör zwecks Aufnahme zum Polizeigefängnis geschickt. Doch weder das Polizeigefängnis noch das Gerichtsgefängnis boten Platz — angeblich waren beide überfüllt. Es spricht jedoch vieles für die Vermutung, daß einsichtige Untergebene das als Vorwand gebrauchten, um die vier „Schweresprecher“ vor den polnischen Räten zu bewahren. Zwar wurde später auf energisches Verlangen des Genossen Herz gestattet, daß die Reisenden in einem Hotel ihr Essen einnehmen konnten, allerdings immer unter militärischer Kontrolle, die Nacht aber mußten sie auf Stühlen in der Wachtstube verbringen. Vom Hotel aus gelang es dann Genossen Herz, nach Danzig zu telefonieren und die dortigen Genossen von seiner Verhaftung in Kenntnis zu setzen. Ein Telegramm von ihm, das diesen Zweck erfüllen sollte, wurde von den Polen trotz vorheriger Zulage nicht befördert.

Zu einem Verhör kam es aber erst am anderen Vormittag, da der betreffende Offizier vorher nicht anwesend war und es anscheinend keine Würde nicht gestattete, das Verhör abends nach seiner Rückkehr vorzunehmen. Es ergab sich durch diese Befragung, daß irgendein denunziationswütiger Spigel den polnischen Behörden Mitteilungen über ein angebliches Gespräch in dem D-Zug von Berlin bis Danzig über Victor Kopp und Unterhaltungen in russischer Sprache gemacht hatte. Das war alles, was den Anlaß zu der willkürlichen Festhaltung von vier mit ordnungsmäßigen Papieren versehenen Reisenden gegeben hatte, von denen drei den Zug auf der Strecke, auf der das angebliche Gespräch geführt worden sein soll, überhaupt nicht benützt hatten und von denen kein Mensch sagen konnte, daß von ihnen dieses Gespräch geführt worden sei. Im übrigen: es ist bezeichnend für den Uebermut des polnischen Militarismus, daß er ein Gespräch über Rußland schon für ausreichend hält, um Reisende mit ordnungsmäßigen Papieren, die das polnische Gebiet nur durchfahren, zu verhaften. Die Unhaltbarkeit der blöden Vorwürfe wäre natürlich in einigen Minuten festzustellen gewesen, aber der Wunsch nach sofortiger Aufklärung der Verhaftungen war bei den Polen anscheinend sehr gering. Sie kümmerten sich nicht im geringsten um die Bestimmungen des Friedensvertrages und behandelten jeden Menschen, der ihr Gebiet passiert, als voll-

kommen rechtlos. Vergeblich drehte und wendete sich der Offizier, als Genosse Herz diesen Sachverhalt darstellte, er wurde ganz hilflos und schien selbst einzusehen, daß hier eine Dummheit der polnischen Behörden vorlag. Nach nochmaliger telefonischer Besprechung mit den militärischen Behörden in Graudenz gab er dann den vier Reisenden nach fast 30 Stunden ihre Papiere wieder. Das geschah aber wortlos, ohne irgendeine Bemerkung über die Ursache der Verhaftung, der Verzögerung des Verhörs, und ohne ein Wort der Entschuldigung über den begangenen Mißgriff.

Es muß die dringende Aufgabe der deutschen Regierung sein, in diesen Zuständen, die sich fast täglich ereignen und die zu einer großen Schikane für alle Reisenden geführt haben, die nach Ostpreußen reisen, sofortige Abhilfe zu schaffen. Es ist charakteristisch, daß der Offizier bei dem Verhör erwähnte, er wisse, daß jede Verhaftung Anlaß zu einer diplomatischen Intervention gebe. Aber das kümmere die polnische Regierung nicht. Sie tue, was ihr beliebt. Deshalb müßte die deutsche Regierung auch dafür sorgen, daß dem gefährlichen Spigeltum in den Zügen nach Ost- und Westpreußen Einhalt geboten wird. Bei dem jetzigen Zustand ist jeder Reisende in die Hand der gemissenen Spigel gegeben, von denen die polnischen Behörden ein großes Heer zu unterhalten scheinen.

## Ernährungsfragen

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags trat am Dienstag wieder zu mehrtägigen Verhandlungen zusammen, um sich mit Fragen der Zwangswirtschaft zu beschäftigen. Vor allem legte die Regierung Wert darauf, die Zustimmung zu einer neuen Zuckerordnung zu erlangen, durch welche der Rübenpreis und infolgedessen auch der Zuckerpreis erheblich erhöht werden soll. — Bei Eintritt in die Tagesordnung der Diensttagung beantragte Genosse Eichhorn, die Frage der Kartoffelversorgung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen, da die Freigabe der Kartoffelwirtschaft schon zu solchen unheimlichen Ausschreitungen und zu einer Kartoffelkrise geführt hat. Die Landwirte der Rechte und des Zentrums erhoben Einspruch, es wurde indessen beschloffen, am Donnerstag die Regierung zur Auskunftserteilung über ihre Maßnahmen zu laden.

Nach kurzer Debatte wurde einstimmig die Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht beschloffen; die unabhängigen Mitglieder des Ausschusses kritisierten scharf die Verschleppung in der Ausführung des Reichsnotgesetzes und der Vermögenswachstumssteuer, während man es sehr eilig hatte, den Arbeitern die Steuer vom Lohn abzuschieben. Ein Regierungsvertreter entschuldigt diese Verschleppung mit technischen Schwierigkeiten.

Die neue Verordnung über den Verkehr mit Zucker sieht eine außerordentliche Erhöhung der Rübenpreise — auf 20 M. pro Zentner — vor, ein Preis, gegen den selbst die bayerische Regierung protestiert, indem sie anführt, daß bei diesem Preise die Rübenbauern 3000 M. mehr Gewinn pro Hektar erzielen als bei dem gewöhnlich schon äußerst rentablen Anbau von Kartoffeln. Entsprechend dieser Erhöhung der Rübenpreise soll der Rohzuckerpreis auf 210 M. pro Zentner, der Verbrauchsuckerpreis auf 280 M. pro Zentner erhöht werden. Da 6-7 Zentner Rüben einen Zentner Zucker geben, sind auch unter dem erhöhten Rübenpreis solche Preissteigerungen nicht gerechtfertigt. — Während die Rechte und das Zentrum für Freigabe der Zuckerbewirtschaftung eintraten, forderte Gen. Eichhorn, daß an der Zwangsbewirtschaftung festgehalten werde, wobei jedoch die Preise ganz außerordentlich gesenkt werden müßten. Die Weiterberatung und Abstimmung über die Zuckerordnung soll am Donnerstag erfolgen.

In der Mittwochsitzung stand zunächst eine Verordnung zur Beratung, welche den Brauereien ein verdoppeltes Quantum Gerste zur Bierherstellung und -verbesserung zuführen will. Gen. Eichhorn wendet sich gegen die Verordnung, der so lange nicht zugestimmt werden könne, als die Versorgung mit gutem Brot nicht gesichert sei. Statt 200 000 Tonnen sollen den Brauereien jetzt 400 000 Tonnen Gerste überlassen werden. Man solle die vierzig Millionen Tonnen Gerste lieber zu Brot verwenden, das heute noch mangelhaft sei und auch in Zukunft mit 10 Prozent minderwertigem Material gefüttert werden solle. Der Rechtssozialist Käppeler trat für die Vorlage ein; zum Protokoll seien Rat und Maß nicht vorhanden. Gegen die Stimmen der Unabhängigen und eines rechtssozialistischen Stimme wurde der vorerwähnten Gersteverwendung zur Bierherstellung zugestimmt.

Es entwidelt sich weiterhin eine ausgiebige Debatte über die Kriegsgesellschaften, Valutafragen, Wucher im Baumaterial usw. Dabei wird mitgeteilt, daß der Leberwachsungsantrieb der Kriegsgesellschaften erst nach dem 7. Oktober zusammenzutreten könne, da zur Kontrolle der Geschäftsbetriebe der Kriegsgesellschaften vom Reichswirtschaftsrat drei Treuhänder zu ernennen waren, was erst am 24. d. M. erfolgt ist. Diese Treuhänder sollen nunmehr einen Arbeitsplan aufstellen.

## Drei Millionen Erwerbslose

Es wird immer noch und immer wieder über die Not der Erwerbslosen und über Möglichkeiten der Steuerung der Erwerbslosigkeit — beraten. Arbeitsminister Brauns ist mit nicht weniger als 25 Begleitern nach Dresden gefahren, um sich der Massenarbeitslosigkeit in Sachsen mit besonderer Sorgfalt anzunehmen. Einem Journalisten hat der Minister einige Aufschlüsse über die Absichten der Reichsregierung gegeben. Unter anderem gab er an, daß eine absolut genaue statistische Erfassung der Erwerbslosen noch nicht möglich gewesen ist. Sowie aber fest sei, daß die Zahl der Vollerwerbslosen mindestens eine Million beträgt und die Zahl der sogenannten Kurzarbeiter, die oft nur zwei Stunden beschäftigt sind, einmald bis zwei Millionen. Wir haben also in Deutschland etwa drei Millionen Erwerbslose. Die Dauer der Erwerbslosigkeit ist bei vielen sehr lang. Die Stadt Berlin hat allein 44 000 Kinder Erwerbsloser zu ernähren. Der Minister erwähnte dann die Mittel zur Abstellung der Not. Wir kommen in Deutschland um eine Umstellung unserer Wirtschaft nicht herum. Besonders wichtig ist die Erzeugung der Nahrungsmittel und der gewerblichen Rohstoffe. Die Textilfabrikationsindustrie, die in Sachsen besonders verbreitet ist, soll dabei nicht vernachlässigt werden. Allerdings ist die alte Wäule ausgeflohen. Eine Vereinfachung unserer Wirtschaft ist nötig. Die viel zu vielen Zwischenglieder zwischen Produzenten und Konsumenten müssen überwunden werden.

Die sächsische Textilindustrie muß sich zusammenschließen, um erhebliche Anträge entgegenzunehmen. Auch die Konsumenten müssen organisiert werden und zwar müssen das die Gewerkschaften oder große Korporationen in die Wege leiten. Die Krise liegt nicht daran, daß kein Warenangebot vorhanden ist, sondern daß die Ware einfach wegen der hohen Preise nicht bezahlt werden kann. Die Reichsregierung wird große Kredite zur Verfügung stellen und zwar nicht nur den öffentlichen, sondern auch den privaten Institutionen. Die Reichsregierung hat bereits Beihilfen für langfristige Erwerbslose bewilligt. Soeben hat sie auch große Summen für Winterbeihilfen an die Erwerbslosen aufgeworfen, außerdem die sogenannte Karenzzeit für Kurzarbeiter aufgehoben. Die Reichsregierung muß den Verhältnissen in Sachsen ihre ganz besondere Fürsorge zuwenden lassen, denn die deutsche Gesamtheit ist daran interessiert. Insbesondere ihr Notstandsarbeiten, Straßendanken, Tallyren usw. sollen Zuschüsse an Sachsen gelangen. Sachsen erhält das Zweieinhalbfache der Zuschüsse im Verhältnis zu den anderen deutschen Staaten. Klein für den Bau der Ruhr-Zalperre im Vogtlande hat die Reichsregierung fordern 13 Millionen Mark als Zuschuß bewilligt.

Mit diesen Beratungen und Versprechungen geht es nun schon ein Vierteljahr. Hier und da ist mit relativ großen finanziellen Mitteln für Notstandsarbeiten auch eingegriffen worden. Die ganze Arbeit trägt aber einmal den Charakter völliger Planlosigkeit und zweitens liegt doch auf der Hand, daß alle Versuche zur wirtschaftlichen Umstellung zum Zwecke der Milderung der Erwerbslosigkeit, wenn überhaupt, so doch erst allmählich wirksam werden können. Bis dahin sind alle Erwerbslosen mit Weib und Kind verhungert. Also tut schnelle und größere finanzielle Hilfe nötig. Auch wir verwenden uns nicht für das Erheben der Notenspreise zu begeistern. Ist sie aber so lange bedenkenlos strapaziert worden, um ungezählte Scharen von Reichswehrlötlern und Freischälern zu füttern, so mag sie ruhig noch eine kurze Zeit zugunsten der Erwerbslosen in Anwendung gebracht werden. Sie dürfen nicht unter der bisherigen Mißwirtschaft leiden.

## Eine würdige Kumpanei

### „Rote Fahne“ und „Deutsche Tageszeitung“ als Interessengemeinschaft

Das Organ der kommunistischen Zentrale, „Rote Fahne“, und das Hauptorgan der Kaputtisten, „Deutsche Tageszeitung“ haben sich wieder einmal in ihrem wütenden Kampfe gegen unsere Partei zusammengeschlossen. Aus Anlaß unserer Bemerkungen über die „Stipendiaten von Moskau“, deren Bewegungen ohne russisches Geld zusammenbrechen würden, schreibt das Agrarblatt:

„Stolz lieb' ich den Spanier, Stipendiaten von Moskau“ — „Welche der russischen kommunistischen Partei.“ Man war wohl in der U. S. B. noch nie in solcher Lage? Man hat wohl nicht mit russischem Geld den eigenen schuftigen Pansen vertrat vom November 1918 inszeniert? Man hat wohl noch nie den Rubel zum eigenen Parteioverteil rollen sehen? Diese Enttäuschten über die Moskauer Stipendiaten von heute, sind doch die Moskauer Stipendiaten von gestern. Und sie täten gut, sich weniger moralisch zu entrichten. Reuliche liebliche Lüne läßt die „Rote Fahne“ erschallen. Sie schreibt:

„Die „Freiheit“ scheint in ihrer Antreung ein sehr kurzes Gedächtnis bekommen zu haben. Somit würde sie wissen, daß es eine Zeit gab, wo die Moskauer Stipendiaten Organisationen und Zeitungen der U. S. B. nicht ganz unwilkommen gewesen sind.“

Wenn man den Anwurf der „D. Z.“ als Zeichen unverbesserlicher Borniertheit und benutzter Demagogie mit einem verächtlichen Achselzucken abtun kann, so muß der „Rote Fahne“ gesagt werden, daß sie durch ihre im allgemeinen Töne gehaltenen, durch nichts begründete Verdächtigungen sich auf eine Stufe mit der Antibolschewisten-Liga und dem früheren Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gestellt hat. Der Eifer, mit dem die gesamte bürgerliche Presse die Behauptung der „Rote Fahne“ gegen uns aufgreift, beweist das zur Genüge.

Gegenüber diesem ganzen ekelhaften Treiben sei nur das eine gesagt: Wie schon Genosse Haase in seiner Antwort an Zoffe am 19. Dezember 1918 feststellte, hat die U. S. B. keine finanziellen Beihilfen für den Verlag von Druckschriften erhalten. Der Parteivorstand hat es wiederholt abgelehnt, russische Gelder anzunehmen, weil es sich bei diesen Summen um Staatsgelder handelte. Unsere Organisationen sind aus eigener Kraft stark geworden; sie haben sich nicht, wie die Kommunisten, von Rußland aufpöppeln und aufhalten lassen. Wer die moralische Zerstückung und Fäulnis in der KPD. kennt, die zu einem großen Teil auf das russische „Stipendiantentum“ zurückgeht, wird diesen Standpunkt unserer Partei zu würdigen wissen. Wir sind so „altmodisch“, an dem Grundsatze festzuhalten, daß eine proletarische Partei nur stark und immoralisch gefestigt sein kann, wenn sie sich auf die Opferwilligkeit ihrer eigenen Mitglieder und nicht auf fremde Hilfe stützt. Darin werden uns die gehässigen Angriffe von rechts und links nicht irre machen.

## Die Friedenspräliminarien Rußlands

London, 29. September.

„Daily Express“ berichtet aus Riga: In den Friedenspräliminarien, die Zoffe gestern der Hauptkommission der Friedenskonferenz unterbreitete, besteht er auf der Anerkennung der litauischen und ukrainischen Unabhängigkeit durch Rußland und Polen. Die von ihm vorgeschlagene Grenze, die ziemlich weit östlich von der sogenannten Kurzon-Linie verläuft, gibt Polen einen Teil von Weißrußland, Wolhynien und die Eisenbahnlinie Bialystok-Brest-Litowsk. Die Feindseligkeiten sollen 48 Stunden nach Unterzeichnung eingestellt werden. Die Vorschläge enthalten den größten Teil der in den polnischen Gegenvorschlägen aufgestellten Bedingungen, insbesondere hinsichtlich der Entschädigungen, der Annexion für politische Zwecke, der Rückstellung von Kunstwerken, der Versorgung und der wirtschaftlichen und postalischen Beziehungen. Polen und Rußland sollen sich verpflichten, den Durchtransport von Truppen und Munition durch ihr Gebiet, sowie die Anwerbung von Rekruten zugunsten irgendeiner Macht, die sich mit einem der vertragsschließenden Teile im Kriege befindet, nicht zuzulassen. Hierzu bemerkt das oben angegebene Blatt, daß Polen durch diese Bedingung verhindert werden soll, neuerdings als Basis für gegen Rußland gerichtete Operationen zu dienen.

## Ein Anschlag gegen die Sowjet-herrschaft

Die „Tschekija“ meldet aus Moskau: Hier wurde ein gegenrevolutionäres Komplott aufgedeckt. Ehemalige zaristische Offiziere, die sich zum Dienst in der Roten Armee gemeldet hatten, versuchten den Mätkelanschlag in die Luft zu sprengen und hatten bereits einen Teil desselben unternimmt. 27 Offiziere wurden verhaftet und sehen ihrer Aburteilung entgegen.

Wir geben diese Meldung mit allem Vorbehalt wieder.

## Die Parteikrise in Italien

Mailand, 29. September. (Stefani.)

Wie der „Quanti“ meldet, hat Graziadei in der Sitzung der sozialistischen Parteileitung betont, daß eine Spaltung der Partei im ganzen Lande unabweisbar sei, um den Kommunisten die nötige Einheit und Kräfte zu ihrer Aktion zu geben. Scerrati ist ebenfalls der Ansicht, daß die Partei der Spaltung entgegengehe.

## Die Räumung der Betriebe

Rom, 28. September.

Nach einer Mitteilung des italienischen Metallarbeiterbundes ist die Räumung der Fabriken überall durchgeführt. Zwischen dem Metallarbeiterbund, den Industriellen und dem Präseken von Mailand sind Verhandlungen über die letzten Einzelheiten der Durchführung der Vereinbarung über die Bezahlung der von den Arbeitern während der Beschäftigung wirklich geleisteten Arbeit im Gange.

## Betriebsräte

Die Sitzung der Zentrale der Betriebsräte findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr, im Bureau, Münzstraße 24, statt.



# Zu den Urwahlen

## Urwahl in Berlin für den Parteitag

Die Distrikte werden nochmals aufgefordert, ihre Delegiertenvorschlüsse und die Namen der Distriktsführer bis spätestens Freitag mittags 12 Uhr dem Bureau, Breitestr. 8-9, Hof rechts, 1. Ausgang, 1. Treppe, mitzuteilen. Gleichfalls sind die Wahllokale dem Bureau namhaft zu machen. Spätere Mitteilungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Distriktsführer treten am Freitag, den 1. Oktober, nachmittags 5 Uhr, zusammen, um die Reihenfolge der Kandidaten zu bestimmen. Die Befürworter der Bedingungen tagen in der Betriebsrätezentrale, Münzstr. 24, die Gegner der Bedingungen im Lokal von Fröhlich, Breitestr. 23.

Die Wahl findet am Sonnabend, den 2. Oktober, in der Zeit von 5 bis 9 Uhr nachmittags, und am Sonntag, den 3. Oktober, von 10 bis 1 Uhr vormittags statt. Zur Stimmabgabe wird ein Stimmzettel verwendet, der auf der linken Hälfte den ersten Namen der Kandidaten, welche die Bedingungen befürworten, auf der rechten Hälfte der Gegner der Bedingungen trägt.

Die Stimmzettel sind nur gültig, wenn ein Name durchstrichen ist. Die Wahl ist eine geheime. Wahlberechtigt ist, wer seine Beiträge bis einschließlich Juni 1920 entrichtet hat.

Bei der Bezeichnung der Wahlbureau ist darauf zu achten, daß der Wahlvorstand aus mindestens 4 Personen bestehen und zur Hälfte aus Befürwortern und Gegnern der Bedingungen zusammengesetzt sein muß.

Die Auszählung der Stimmen erfolgt nach der jedesmaligen Beendigung des Wahllaktes, d. h. also, am Sonnabend abend um 9 Uhr und am Sonntag nachmittags um 1 Uhr. Das Ergebnis ist jedesmal ins Wahlprotokoll einzutragen.

Das Ergebnis der Auszählung ist in den Distrikten zusammenzutragen und dem Bureau bis Montag, den 4. Oktober, nachmittags 5 Uhr, nebst Stimmzetteln und Wahlprotokollen einzureichen.

### Der Geschäftsführende Ausschuss.

Zum ersten Male macht die Partei in entscheidender Stunde von dem Mittel der Urabstimmung Gebrauch. Die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale ist in zahlreichen Versammlungen in ergiebigen Debatten erörtert worden. Die Genossen wissen, daß die Zukunft der Partei in der Frage des Anschlusses zu den vorliegenden Bedingungen liegt. Es muß eine klare und eindeutige Entscheidung fallen, was nur möglich ist, wenn alle Parteigenossen an der Urwahl der Delegierten zum Parteitag teilnehmen. Stimmrecht ist hier Stimmpflicht! An die Funktionäre in den Distrikten ergeht daher der Ruf des geschäftsführenden Ausschusses, die Wahlen sorgfältig vorzubereiten. Aber alle Mitglieder geht es an. Sie alle müssen die weiteren Ankündigungen über die Wahlen, die in den nächsten Tagen erfolgen werden, beachten und am Sonnabend und Sonntag zur Wahl erscheinen.

### Annehmen oder ablehnen?

Wie wir schon mehrfach feststellten, haben die 21 Moskauer Punkte auch bei vielen Befürwortern des unbedingten Anschlusses, die sich der Tragweite dieser Bedingungen für die deutsche Arbeiterbewegung bewußt sind, gelindes Entsetzen ausgelöst. Selbst Klara Zetkin, die anscheinend in besonderer Mission nach Moskau gereist ist, hat bei Bekanntwerden der Moskauer Bedingungen ihr starkes Befremden geäußert und mit ihrer Kritik nicht zurückgehalten. Wie Genosse E. Kabs kürzlich im Züricher „Volkrecht“ mitteilte, hat Klara Zetkin in einem Brief nach Zürich sich folgendermaßen geäußert:

„Die Bestimmungen des Kongresses sind meines Erachtens nicht sehr glücklich gefaßt. Sie sollten das Schwergewicht nicht auf das Organisatorische legen, sondern auf die politische Aktion. Das ist aber auch gemeint. Ich bin überzeugt, daß noch wichtige Erklärungen dies zum Ausdruck bringen werden.“

Ähnlich wie Klara Zetkin haben die Wortführer des unbedingten Anschlusses in unserer Partei, soweit sie es überhaupt für notwendig fanden, auf die Bedingungen einzugehen, diese in abschwächendem Sinne auszulegen gesucht. Doch abgesehen davon, daß das am Dienstag veröffentlichte Schreiben des Moskauer Exekutivkomitees und der Artikel Lenins in der „Pravda“ diesen Auslegungskünsten ein Ende machen und im Grunde eine weitere Verschärfung der Bedingungen enthalten, liegen jetzt weitere Kundgebungen vor, aus denen klar hervorgeht, daß jeder Versuch einer Verschleierung des wahren Charakters der 21 Punkte vergeblich ist. Einer der Führer der italienischen sozialistischen Partei, Genosse Serrati, der auch am Moskauer Kongress teilnahm, hat an den schweizerischen Genossen Graber, der sich bei Serrati erkundigte, ob für die französische Partei nur die neun im „Populaire“ veröffentlichten oder die 21 für die U. S. P. D. gestellten Bedingungen zu gelten haben, folgendes Schreiben gerichtet:

„Es scheint mir beinahe unnütz, dir die Auskunft, die Du von mir begehrst, zu geben. Die französischen Sozialisten, die während des Krieges ebenso oder sogar mehr in Bürgerkriegen und Kämpfen machten, wie die Sozialisten Deutschlands oder anderer Länder,

haben kein Recht auf ausnahmsweise günstige Bedingungen für ihre Aufnahme in die dritte Internationale. Das ist durchaus selbstverständlich. Aber in dem an unsere (die italienische, Red.) Partei gerichteten Brief wird das sehr klar ausgesprochen.“

„Die Unabhängige Sozialistische Partei Deutschlands, die sozialistische Partei Frankreichs sowie andere Parteien haben sich an uns gewendet. Sie wollen der kommunistischen Internationale beitreten. Für deren Aufnahme haben wir eine Reihe von Bedingungen sine qua non (21 Bedingungen) aufgestellt. Wir werden sie nicht aufheben, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind.“

Das ist sehr klar und bestimmt.

Herzliche Grüße

gez. Serrati“

Noch deutlicher tritt der unverföhnliche Standpunkt des Exekutivkomitees in seinem Aufruf an das italienische Proletariat zutage, dessen Wortlaut im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Dieser Aufruf ist an sich schon ein interessantes Dokument, da er mit seinen Schmähungen an die Adresse der italienischen Partei- und Gewerkschaftsführer und mit seinen positiven Parolen den ungeheuerlichen Widerspruch zwischen den willkürlichen Konstruktionen der Moskauer Diktatoren und den praktischen Maßnahmen der im schweren Kampf stehenden italienischen Genossen aufzeigt. Er ist auch für die Moskauer Gedankenrichtung insofern bezeichnend, als er den italienischen Genossen die Zusammenarbeit mit den Anarchisten und Syndikalisten und den Hinauswurf der „Reformisten“ (das sind nach Moskauer Terminologie alle, die sich nicht bedenkenlos unter die kommunistische Diktatur beugen) zur Pflicht macht. Am interessantesten ist aber der Schluß des Aufrufs, der folgendermaßen lautet:

Die deutsche Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die eine Million Mitglieder zählt, sowie die französische sozialistische Partei und noch andere Parteien haben sich an die 3. Internationale gewendet, um in diese einzutreten. Wir haben ihre Aufnahme an eine Reihe von Bedingungen geknüpft. Wir nehmen sie erst auf, wenn sie diese Bedingungen erfüllt haben. Uns ist die Zahl gleichgültig, wir wollen keine Massenkumpen, wir verwehren denen den Zutritt, die sich nicht ganz mit uns identifizieren. Diese Bedingungen sind für uns alle obligatorisch, also auch für die italienische Partei.

Also: „große Massenkumpen“ braucht man in Moskau nicht; man verwehrt allen denen den Zutritt, die sich nicht ganz mit den Auserwählten und Erlaubten Moskaus einverstanden erklären. Die „großen Massenkumpen“ braucht man lediglich als Kanonenfutter für die Diktatoren, die mit ihrer Hilfe ihre phantastischen Experimente auf dem Rücken der Massen ausführen. Alles das ist nur die unerbittliche Konsequenz der 21 Punkte, an denen Moskau festhält. Man kann deshalb jedes Wort unterschreiben, was die „Berliner Tagwacht“, eines der führenden Organe der schweizerischen Sozialdemokratie, zu dem oben wiedergegebenen Briefe Serratis schreibt:

„Der Standpunkt Serratis gegenüber den französischen Bedingungen scheint uns der gegebene zu sein. Er lehnt ehrlicherweise eine verschiedenartige Behandlung ab. Immer mehr erhellt man den Eindruck, daß die Aufnahmebedingungen in Moskau nicht von Gesichtspunkten des Zusammenschlusses aller revolutionären Parteien niedergeschrieben wurden, sondern im Gegenteil, die kleinen kommunistischen Gruppen in den verschiedenen nicht-russischen Ländern zu konservieren und zu stärken, selbst auf die Gefahr hin, daß lebens- und aktionsfähige große Parteien dabei zersplittert und erschüttert werden. In Frankreich, wo kommunistische Sondergruppen noch nicht bestehen und es vor allem galt, den größeren Teil der Gesamtpartei für Moskau zu gewinnen, dürfte man mit den 21 Bedingungen nicht kommen, dürfte der Name Longuet auf der Ausschlußliste nicht genannt werden. Man beobachtet die französische Partei gegenüber etwas von dem klugen Maß, das man andern Parteien gegenüber um so mehr vermissen lieh.“

Die bestimmte Aufforderung im Moskauer Brief an die italienische Partei, daß die Bedingungen erst erfüllt werden müssen, ehe die Aufnahme vollzogen werden kann, bestätigt nur die Auffassung, die wir bisher schon vertreten. Es ist eine klare Abgabe an jene Bestrebungen, die die 21 Bedingungen interpretieren, verwässern und dehnen möchten, um sie nach Willkür zu handhaben... Annehmen oder ablehnen, ein Drittes gibt es nicht, wie die Genossen in Moskau genau erklären. Was wir nicht annehmen und ausführen können, was uns unsozialistisch dünkt, müssen wir so lange ablehnen, bis andere Grundlagen für den Beitritt geschaffen sind.“

Auch für uns in Deutschland gibt es vorläufig keine andere Wahl als annehmen oder ablehnen. Wer es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, die von ganz anderen Momenten diktierte Massenstimmung für einen Schritt auszuweichen, der in seinen Auswirkungen die Partei zerteilmern und die revolutionäre Entwicklung in Deutschland hemmen muß, der mag für die Annahme der Bedingungen stimmen. Wer aber die Existenz der Partei, die natürliche Fortentwicklung der revolutionären Bewegung und den Aufbau der Internationale sichern will, der hat keine andere Antwort als

### Ablehnung

der jetzt vorliegenden Moskauer Bedingungen.

würden. Hoffentlich gehen weiten Kreisen der Arbeiterschaft durch Ihre Politik in diesem Hause die Augen auf, daß sie klar sehen, und daß sie Ihnen endlich den Rarsch lassen, den Sie sich verdienen. Sie werden Ihre Politik forschen und weiterfeuern, hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo Sie mit Ihrer Macht aus diesem Parlament hinweggeführt werden. (Lebhafte Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Widde (Dnalk.): Die Sozialdemokraten wollen nur ihre schrankenlose Parteiherrschaft in Berlin aufrichten. Das entspricht nicht dem Geist des Gesetzes. Hiernach soll der Magistrat Berlin nur die großen Richtlinien für die Bezirksverwaltung geben, aber sich nicht in die Verwaltungsgeschäfte selbst einmischen.

Abg. Dominicus (Dem.): Wir suchen den Willen des Gesetzgebers wiederherzustellen. Nun wir das nicht, dann bekommen wir in allen Bezirksämtern Bürgermeister und Stellvertreter, die nicht nach ihrer Erfahrung und Eignung ausgewählt sind, sondern nach Parteiprüfungen.

Abg. Weidig (D. Sp.): Uns kommt es darauf an, daß Millionen bürgerlicher Einwohner Berlins die Möglichkeit behalten, sich über die Verwaltung und die Vorgänge im Magistrat aus eigener Kenntnis zu unterrichten und ihre Bedenken innerhalb dieses Kollegiums zur Geltung zu bringen. Zu einem lokalen Zusammenarbeiten aller Gruppen auch in den Bezirksver-

sammlungen sind wir durchaus bereit, aber wir wollen parteilich behandelt werden.

Abg. Kahlender (Z.): Wir haben von jeher loyal mitgearbeitet, jetzt wollen wir lediglich den ursprünglichen Willen des Gesetzgebers zum Ausdruck bringen. Nur durch ein Zusammenarbeiten aller Parteien kann Fortschritt erzielt werden.

Damit schließt die Debatte.

Nach Schluß der Aussprache beantragte die Unabhängige Fraktion, über die Anträge namentliche Abstimmung, um wiederum Beschlußunfähigkeit herbeizuführen und die Weiterberatung zu verhindern. Dieser Antrag bedurfte aber der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Da die Unabhängige Fraktion diese Stimmen nicht allein aufbringen kann, hätten die Rechtssozialisten diesen Antrag mit unterstützen müssen. Das taten sie aber nicht. Deshalb konnte die namentliche Abstimmung nicht erfolgen. Die Verschleierungsanträge der Mehrheit wurden unter Ablehnung aller anderen Anträge angenommen. Die dritte Lesung des Gesetzes dürfte erst am nächsten Mittwoch erfolgen.

Es folgt die Fortsetzung der gestrigen

### Ernährungsdebatte

aus Anlaß der von den verschiedensten Parteien gestellten Anträge zur Kartoffel-, Fleisch-, Zucker- und Düngerbewirtschaftung.

Abg. Sprenger (Z.): Wir wollen nicht die Zwangswirtschaft von heute auf morgen beiseiteigen. Sie war ein notwendiges Übel, das auch jetzt noch nicht ganz verschwinden darf, wenn nicht eine Katastrophe eintreten soll. Wenn die Regierung keine Planwirtschaft will, so muß man ihr entgegenrufen, daß mit einer planlosen Wirtschaft Deutschland auch nicht wieder aufgerichtet werden kann. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir haben wohl ein Reichswirtschaftsministerium und einen Wirtschaftsrat, aber haben kein Wirtschaftsprogramm und kein Wirtschaftssystem. (Sehr richtig!) Wir brauchen aber ein System für den Abbau der Zwangswirtschaft.

Die Reichsregierung muß dafür sorgen, daß als Vertragsartikeln gute, einwandfreie Ware geliefert wird. Die Regierung scheint aber den Ernst der Lage noch nicht erkannt zu haben. (Sehr richtig!) Die vom Ausland importierten Getreidemengen müssen unbedingt unter amtliche Kontrolle gestellt werden. Eine Lockerung der Kontrolle in der Brotversorgung würde zum Zusammenbruch führen. (Beifall.) Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch wird die große Masse der Bevölkerung überhaupt kein Fleisch mehr bekommen. Die Regierung sollte endlich einschreiten gegen die unsäuerlichen Geschäftspraktiken mancher Kriegsgesellschaften, die die Planwirtschaft nur diskreditieren. Es wäre ein Gebot der Gerechtigkeit, daß das Reich die Gemeinden auch für diese Anlagen entschädigt. Die Landwirtschaft hat aus der Not der Zeit ganz gute Geschäfte gemacht, sie sollte sich aber von der Ausnutzung der Konjunktur freimachen, denn sonst könnten auch mal Zeiten kommen, wo die Konjumenten für die Notlage der Landwirtschaft kein Verständnis haben. Die Lebenshaltung des deutschen Volkes hat sich gegenüber 1914 auf das Fehlfache gesteigert. Die ersten fünf Monate in diesem Jahre haben eine Steigerung herbeigeführt, wie die ersten fünf Jahre zusammen. Diese Steigerung ist nicht nur eine Folge der Geldentwertung, sondern des Umstandes, daß die Preise in der früheren Erwartung der Aufhebung der Zwangswirtschaft unvernünftig gestiegen wurden. Nun können wir vom Auslande nicht verlangen, daß es uns billiger Lebensmittel gibt, als sie bei uns selbst kosten.

Peiers-Hochmann (Soz.): Es ist notwendig, der Bevölkerung vor Augen zu führen, wie gefährlich die Situation ist. Wir haben schon zu Anfang der Landtagsversammlung Anträge eingebracht, die eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion ermöglichen sollen. Ein Bild in die inzwischen fertiggestellten Protokolle ergibt, daß die Direktoren der großen Düngemittelfabriken selbst die Sozialisierung dieser Fabriken für notwendig halten, wenn wir zur Gesundung der Produktion in der Landwirtschaft und damit der Volkswirtschaft kommen wollen. Wir müssen unter allen Umständen zu einer Planwirtschaft kommen, sonst sind alle Mittel umsonst. Die hohen Düngemittelpreise sind keineswegs durch gleichmäßig gestiegene Löhne gerechtfertigt, wie die hohen Betriebsüberschüsse deutlich beweisen. Die Betriebsüberschüsse haben sich in viel höherem Maße vergrößert, und wenn hier nicht der Staat eingreift, kann die Landwirtschaft nicht gesundet werden. Die Ablieferungspläne hätte von der Regierung ganz anders berücksichtigt werden müssen, man hätte unbedingt einmal ein Exemplar statuieren müssen, dann wäre die Ablieferungspläne schon eingehalten worden. Unsere Ernte ist nicht so schlecht, wie sie Herr v. d. Osten hinstellt. Sie ist immer noch eine Mittelernte. Es besteht aber die große Gefahr, daß große Mengen Kartoffeln und auch Brotgetreide ins Ausland verschoben werden. Die Kartoffelgroßhandlung Runge kauft große Mengen auf, um sie ins deutsche Gebiet zu liefern. Es besteht die bestimmte Vermutung, daß sie für Holland und Frankreich bestimmt sind. Ebenso steht es mit Sendungen ins Saargebiet. Reicht man aus dem Gebäude der Zwangswirtschaft einen Stein heraus, so stürzt das Gebäude zusammen. Die Preisgabe der Viehwirtschaft zieht die der andern Lebensmittel nach sich. Mit Kartoffeln wird gegenwärtig ein beispiellos hoher Wucher getrieben. Dabei gibt es nur einen Ausweg aus dem gegenwärtigen Elend, die richtige Ernährung der Arbeiterschaft.

Abg. Kaulen (Z.) erklärt, daß die Mehrheit seiner Partei einen anderen Standpunkt annehme als der Abg. Sprenger.

Abg. Werner (D. Rat.) tritt für die Beilegung der Zwangswirtschaft ein.

Damit schließt die Debatte.

Abg. Sprenger (Z.) stellt fest, daß der Abgeordnete Kaulen seine Ausführungen gemacht habe, ohne von der Fraktion dazu ermächtigt worden zu sein.

Die Anträge des Landwirtschaftsausschusses werden angenommen. Hierauf verlagert sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Sebammengesetz, keine Vorlesungen und Anträge.)

### Aus der Partei

#### Genosse Hildebrandt gestorben

Am 27. September verstarb im Alter von 68 Jahren, an einer Nierenentzündung, der Genosse Julius Hildebrandt, Parteisekretär in Halle, von Beruf Holzarbeiter, der auch den Berliner Parteigenossen von seiner früheren Tätigkeit bekannt ist.

### Die französischen Gewerkschaften und die 3. Internationale

Paris, 29. September.

„Petit Parisien“ meldet, daß die sozialistische Gewerkschaftsaktion des Seine-Departements habe mit harter Mehrheit den von einigen Sektionen der Pariser Bezirke gestellten Antrag auf Beanstandung einer Abstimmung über Beiseite oder Nichtbeitritt zur Dritten Internationale abgelehnt.

### Geschäftsabluß mit Rußland

Ans Reichsheim meldet die Telegraphen-Agentur: Nach mehreren nur teilweise gelungenen Versuchen, die vor dem Kriege sehr lebhaft Geschäftsbearbeitung der bergischen Klein- und Zinkindustrie mit Rußland wieder herzustellen, ist jetzt der erste große Geschäftsabluß in Werkszeugen für Rußland erzielt worden. Es handelt sich dabei um russische Aufträge in Sägen für die Holzbearbeitung im Werte von mehreren Millionen Mark. Das Geschäft ist für die hiesigen Fabrikanten finanziell durchaus sichergestellt und gewährt der Sägen-Industrie für die nächste Zeit lobnende Beschäftigung, an der es in allen Geschäftszweigen der Werkzeugbranche jetzt vollständig fehlt. Weitere umfangreiche russische Aufträge in Werkszeugen sind angelehnt und können vereinbart werden, sobald es gelingt, eine gesicherte Verbindung mit Rußland herzustellen.

### Preussische Landesversammlung

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Da möchte ich Ihnen sagen, Sie mögen beschließen, was Sie wollen — und das werden Sie auch tun, denn Sie sind in der Mehrheit und pochen auf Ihre parlamentarische Macht. Aber vergessen Sie nicht, daß diese parlamentarische Macht ihre Grenzen hier in Parlament hat, und daß anherhalb dieses Hauses

noch andere Kräfte am Werke sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. Bewegung und lebhafter Ruf: Hör, hör rechts und im Zentrum.) Vergessen Sie nicht, daß der Schlag, den Sie jetzt gegen die sozialistische Arbeiterschaft Berlins richten, von dieser nicht ohne weiteres hingenommen werden kann. (Sehr wahr bei den U. S. Hör, hör! Zentrum und rechts.) Die Arbeiter, die jetzt von Ihrem Ausnahmengesetz betroffen werden, wissen, daß das, was Sie jetzt beschließen, nur ein Anfang ist, Ihren Machtthron zum Ausdruck bringt, von dem Sie jetzt besessen sind. Es ist vielleicht erst nur ein kleiner Anfang, Ihre Attention auf die Arbeiterschaft! Aber die Arbeiter mühten getadelt zu werden, wenn sie das ruhig und geduldig hinnehmen







# Moskau oder Amsterdam?

Von Alfred Wielepp.

In den Leitfragen des 2. Kongresses der 3. Internationale über „Die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die 3. Internationale“ (siehe „Freiheit“ Nr. 356 und 358) sind die Fehler der bisherigen und die Aufgaben der zukünftigen Gewerkschaftsbewegung so richtig und klar dargestellt worden, daß man sich ohne Einschränkung damit einverstanden erklären kann. Mit erfreulicher Einsicht wird dort darauf hingewiesen, daß es falsch ist, aus Unzufriedenheit mit der Gewerkschaftsleitung und deren Politik aus den Gewerkschaften auszutreten und neue Organisationen zu gründen. Ganz richtig wird im Gegenteil gefordert, daß sich die revolutionären Elemente nicht von den rückständigeren Massen absondern, sondern sie sollen in den Gewerkschaften verbleiben und in diese eintreten, um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturz des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen. „Jedes freiwillige Zerbrechen von der Gewerkschaftsbewegung“, so heißt es weiter in den Leitfragen, „jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, ohne dazu entweder durch außerordentliche Vergewaltigungsakte seitens der Gewerkschaftsbureaucratie oder durch ihre engherzige aristokratische Politik, die großen Massen der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisationen versperrt, genötigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für den Kommunismus dar.“

Während in den ersten zwei Abschnitten eine durchaus einwandfreie Beurteilung der Gewerkschaftsbewegung und eine absolut logische Schlussfolgerung zum Ausdruck kommt, wird im 3. Abschnitt ein logischer Parzettelbaum geschossen, der deutlich zeigt, daß die russischen Genossen eine krankhafte Sucht haben, alle Fäden der Arbeiterbewegung in ihre Hände zu bekommen, ohne Rücksicht, ob ihnen die Masse folgt oder nicht. Während sie einerseits sagen: bleibt drin in den Gewerkschaften und macht sie zu revolutionären Kampforganen, fordern sie andererseits die internationale Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, den Austritt aus der Amsterdamer Internationale und Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale, deren Sitz naturgemäß Moskau sein würde. Um die Notwendigkeit zu beweisen, scheut man sogar nicht vor Übertreibungen und Unwahrheiten zurück. Wir, die wir ebenfalls an der Gewerkschaftsbewegung, national wie international, sehr viel aussetzen haben, müssen es trotzdem ablehnen, solche Übertreibungen und Unwahrheiten zu unterstützen, um so mehr, wenn sie dazu benutzt werden, eine nach unserer Ansicht für die gesamte Arbeiterbewegung gefährbringende Spaltung herbeizuführen. Als eine Übertreibung müssen wir es aber bezeichnen, wenn gesagt wird, die opportunistischen Führer der Gewerkschaften streben die Wiederherstellung der Gewerkschaftsinternationale an, um aus ihr eine Waffe für den Kapitalismus gegen das Proletariat zu machen. Man soll auch seinem Gegner gegenüber gerecht sein, und dies Gerechtigkeitsgefühl verbietet uns, selbst den opportunistischen Führern zu unterstellen, daß sie Waffen gegen das Proletariat schmieden wollen. Wir können und sollen ihre Politik, die uns falsch und gefährlich dünkt, so scharf wie möglich bekämpfen, sollten uns aber hüten, ohne Beweise solche Behauptungen aufzustellen. Unwahr ist in den Leitfragen die Behauptung, daß in allen Ländern die Gewerkschaftsführer versuchen, die Streikbewegung durch Gesetze zu erdrücken, die die Arbeiter verpflichten, sich den Schiedsgerichten der Vertreter des kapitalistischen Staats zu unterwerfen. Wir verweisen z. B. darauf, daß auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, an dessen Spitze ein so opportunistischer Führer wie Carl Legien steht, gegen die Einführung eines Gesetzes, das den allgemeinen Schlichtungszwang vorseht, Protest erhoben hat. Solche Gesetze sind zwar schon lange Zeit vor Ausbruch des Weltkrieges in einzelnen Ländern, wie z. B. Australien, eingeführt worden, sie haben aber niemals die Anerkennung auf einem internationalen Gewerkschaftskongress gefunden.

Es wird in den Leitfragen im übrigen ganz richtig gesagt, daß die Internationale der Gewerkschaften vor dem Kriege nur von untergeordneter Bedeutung war und sich um politische Fragen nicht kümmerte. Wir wissen aber auch, daß die nationalen Gewerkschaften vor dem Kriege ebenfalls die Erörterung politischer Fragen ablehnten und dies den politischen Parteien überließen. Jetzt sehen wir aber, daß die Gewerkschaften diese Abstinenz aufgegeben haben, nicht zuletzt infolge der Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsmitglieder und der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Durch diese Einwirkungen ist es gelungen, die Gewerkschaften erheblich zu radikalisieren, und wenn wir unsere Tätigkeit fortsetzen und keine Dummheiten machen, dann werden wir und die Verhältnisse auch die Gewerkschaften dahin bringen, wo wir sie hin haben wollen, daß sie ein revolutionäres Instrument im Klassenkampf des Proletariats werden.

Wenn wir diese Zuversicht auf die nationalen Gewerkschaften setzen, warum sollen wir sie nicht auch zur internationalen

Männer in der 2. Internationale seien zum großen Teil identisch und sinnesverwandt mit denen in der Amsterdamer Internationale, und wenn man mit den erstgenannten sich nicht mehr an einen Tisch setzen wolle, dann könne man es mit den letzteren auch nicht. Das ist an sich richtig, man vergißt aber eins dabei: bei der Bildung der 3. Internationale scheut man vor einer Spaltung der politischen Parteien nicht zurück, bei der Bildung einer neuen Gewerkschaftsinternationale möchte man aber die Spaltung der Gewerkschaften vermeiden. Dieser Wunsch geht aber bestimmt nicht in Erfüllung, und darum müssen sich die Vertreter der Moskauer Internationale darüber klar sein: Wollen sie — wie sie das in den Leitfragen zum Ausdruck bringen — die Gewerkschaften erhalten wissen und nur umformen, dann müssen sie auch von der Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale Abstand nehmen und ihre Aufgabe konsequenterweise auch nur darin erblicken, die Amsterdamer Internationale durch die Beeinflussung der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern zu revolutionieren. *Hic Rhodus, hic salta!*

# Die 3. Internationale

Von Fritz Koch.

Zum Parteitag in Leipzig vergangenen Jahres diskutierte man hauptsächlich die Frage des Anschlusses an Moskau. Die Delegiertenwahlen gingen unter dem Gesichtspunkt vor sich, ob bedingungsloser Anschluß erfolgen solle oder ob wir gemeinschaftlich mit den sozialrevolutionären Parteien aller Länder eine dritte Internationale zu bilden hätten. Zu dem Parteitag in Halle wird die konkrete Forderung gestellt, auf Grund der 21 Bedingungen sich Moskau anzuschließen und viele Genossen, welche vergangenes Jahr der Ansicht waren, den bedingungslosen Anschluß an Moskau nicht vollziehen zu können, sehen heute auf dem Standpunkt, auf Grund der Bedingungen den Anschluß doch vollziehen zu müssen im Interesse der Weltrevolution.

Was hat sich nun in unserem Verhältnis zu Moskau geändert? Vergangenes Jahr lehnten wir es ab, uns Moskau anzuschließen, weil die Exekutive in Moskau ausdrücklich erklärte, die U. S. P. D. in die dritte Internationale nicht aufzunehmen, erst müsse eine Spaltung erfolgen; der linke Flügel müsse sich mit der K. P. D. vereinigen. Dadurch wäre für den losgelösten Teil der U. S. P. D. der Anschluß perfekt geworden, da ja die K. P. D. eine Section der 3. Internationale ist. Für den anderen Teil der U. S. P. D. wäre die Frage aber trotzdem nicht gelöst worden und er hätte versuchen müssen, den erst vorgeschlagenen Weg zu beschreiten, nämlich zu versuchen, die sozialrevolutionären Parteien aller Länder auszufordern, sich zu einer Internationale der Tat zusammenzuschließen. Man war sich in Leipzig schon darüber klar, daß eine Spaltung der U. S. P. D. zu einer Schwächung der Arbeiterbewegung führen müßte und die Kampforientation nicht in dem Maße die Aufgabe der Partei lösen könnte wie es die historische Entwicklung verlangte. Es wurde deshalb auf dem Parteitag beschlossen, erst zu versuchen, in Verbindung mit Parteien der anderen Länder die Grundlage zu einer Internationale zu schaffen, um Moskau Gelegenheit zu geben, seinen Standpunkt zu ändern. Erst nachdem dies nicht gelang, sollten direkte Verhandlungen mit Moskau gepflogen werden, um den Anschluß an die 3. Internationale unter Wahrung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder zu ermöglichen.

Was aber ist geschehen? Die Versuche unserer Parteileitung, gemeinschaftlich mit den sozialrevolutionären Parteien aller Länder eine Internationale zu bilden, schlugen fehl. Folglich mußte sie, dem Leipziger Beschluß folgend, direkt mit Moskau verhandeln. Die Delegation nach Moskau versuchte bei den Verhandlungen anfanglich auch gemeinsam auf Grund des Leipziger Beschlusses zu verhandeln, nämlich die Selbstständigkeit der Partei zu wahren. Aber zwei Genossen glaubten dem Willen der Mehrheit der Parteigenossen nicht Rechnung tragen zu müssen und ließen die Forderung fallen. Und so wurden uns nun die 21 Bedingungen vorgelegt. Ueber diese ist ja bereits sogleich gesprochen und geschrieben, daß es sich erübrigt, darauf einzugehen. Ich stelle nun die Frage, hat sich seit dem Parteitag zu Leipzig durch die Bedingungen etwas in unserem Verhältnis zu Moskau betr. des An-

# Kontrollkommission für Waffen-, Munitions- und Truppentransporte Berlin-Brandenburg

Die Zentralkasse der Kontrollkommission ist von der Schillerstr. 5/6 nach der Breite Str. 8/9, Hof rechts, 1 Tr. links, verlegt worden. Telephon: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649 und 4921.

Wir bitten, alle Meldungen nach wie vor an die Adresse Hermann Müller gelangen zu lassen.

Gewerkschaftsbewegung haben? Wir brauchen doch nur zwei Beispiele anführen, um zu zeigen, daß auch die internationale Gewerkschaftsbewegung ihren Aufgabenkreis über die engherzigen Gebiete früherer Perioden hinausgesteckt hat: den Boykott über Ost- und Ungarn und den Appell an die Neutralität im russisch-polnischen Krieg. Gewiß ist der Erfolg beider Aktionen ein unbedeutender. Das liegt aber weniger an der Einsicht oder Energie der internationalen Gewerkschaftsführer, als an den Gewerkschaften in den einzelnen Ländern, die diese Parolen nicht mit der notwendigen Energie befolgten.

Diese Gewerkschaften sollen aber auch nach Ansicht der Leitfrage erhalten bleiben, sie sollen nicht gespalten, sondern zu revolutionären Kampforganen umgebildet werden. In demselben Maße wie das geschieht, wird doch aber auch die Gewerkschaftsinternationale revolutioniert und zu einem Instrument der Weltrevolution geschmiebt. Wozu also hier eine Spaltung herbeizuführen, die man im nationalen Rahmen verwirft?

Die Spaltung der Gewerkschaftsinternationale würde mit absoluter Sicherheit auch die Spaltung der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern nachziehen, denn eine Parole könnten diese Gewerkschaften nur befolgen, entweder die der Amsterdamer Internationale oder die der Moskauer. Wir verstehen nicht, wie man sich dieser Erkenntnis verschließen kann; sie liegt doch auf der Hand. Da man aber nach seinen eigenen Leitfragen keine Spaltung der Gewerkschaften will, muß man auch die Gründung einer besonderen Gewerkschaftsinternationale ablehnen.

Nun sagt man, diese Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale ergebe sich aus derselben Notwendigkeit, wie die Gründung einer neuen politischen Internationale. Die

# Die Utopie in der Wirklichkeit

Eine Friedensnovelle.

Von August Strindberg.

— Dort, sagte der Arzt weiter, unter dem hohen Mont Grammont, vor dem kleinen Fischerdorf St. Gingoelpe, war er eines Tages nahe daran, zu ertrinken, doch sein Leben war noch nicht vollendet. Hierher sind sie alle geflohen, die nicht die Lust der Verwesung leiden konnten, die wie eine Cholera über Europa stand nach dem Attentat, das die heilige Allianz gegen die neuverworfenen Rechte der Revolution, das heißt des Menschen, richtete. Hier unten, tausend Fuß unter Ihren Füßen, dichtete Mendelssohn seine schwermütigen Lieder, hier schrieb Gounod seinen Faust! Können Sie nicht sehen, wo er seine Eingebungen zur Walspurgisnacht bekommen hat? Dort in den Abgründen der Saoyger Alpen! Hier donnerte Viktor Hugo seine rasenden Strafgeplänge über den Dezemberverräter! Und hier, wunderlicher Scherz des Schicksals, hier unten in dem kleinen, stillen, bescheidenen Beven, wohin niemals der Nordwind kommen kann, hier suchte Ihr eigener Kaiser die Schreckensbilder von Sadova und Adnigratz zu vergessen. Dort verbrag sich der Russe Gortichakoff, als er den Boden unter seinen Füßen wanken fühlte; hier babete John Russell alle politischen Unreinlichkeiten ab und atmete keine, unerfälschte Luft; hier suchte Thiers seine, durch kreuzende politische Stürme oft verwirrten, sich widersprechenden, aber, wie ich glaube, ehrlichen Gedanken zu ordnen; und möge er jetzt, wo er die Geschichte seines Volkes tragen soll, sich der unschuldigen Stunden erinnern, in denen sein Geist in Ruhe mit sich selbst Zwiegespräch halten konnte, hier vor der milden, aber ernsten Majestät der Natur! Und dort hinten, in Genf, Herr Leutnant! Dort wohnt kein König mit seinem Hof, aber dort wurde ein Gedanke geboren, der ebenso groß ist wie das Christentum, und dessen Apostel, die tragen auch ein Kreuz, ein rotes Kreuz aus ihren weißen Fahnen! Und als das Kausergewehr auf den französischen Adler zielte, und das Chassepot auf den deutschen Adler, da wurde das rote Kreuz heilig gehalten, heilig von denen, die sich sonst vor dem schwarzen Kreuz nicht beugten, und in diesem Zeichen, glaube ich, wird die Zukunft liegen.

Der Patient der die ungewöhnliche Rede ruhig angehört hatte, die so gefühllos, um nicht zu sagen sentimental war, als käme sie von einem Geistlichen und nicht von einem Arzte, schloß sich verlegen.

— Sie schwärmen, Herr Doktor —, sagte er.

— Das werden Sie auch tun, wenn Sie hier drei Monate lang gewohnt haben —, antwortete der Arzt.

— Sie glauben also an die Kur? — fragte der Patient, etwas weniger skeptisch als vorher.

— Ich glaube an die unendliche Kraft der Natur, die Kulturkrankheit heilen zu können! — antwortete er. — Fühlen Sie sich hart genug, eine gute Nachricht entgegenzunehmen? — fuhr er fort und betrachtete den Kranken genau.

— Vollkommen, Herr Doktor! —

— Nun denn, der Friede ist geschlossen! —

— Gott . . . welches Glück! — brach der Patient aus.

— Ja, allerdings —, sagte der Arzt, — doch fragen Sie nicht mehr, denn Sie dürfen heute nicht mehr erfahren! Kommen Sie jetzt hinaus! Aber auf eins müssen Sie gesagt sein! Ihr Gebunden wird nicht so schnell gehen, wie Sie glauben! Sie können Rückfälle bekommen! Die Erinnerung, sehen Sie, ist unser schlimmster Feind und . . . doch folgen Sie mir jetzt.

Der Arzt nahm den Arm des Kranken und führte ihn in den Garten hinaus. Keine Gitter und keine Mauern versperrten den Weg, nur grüne Hecken, die den Wanderer in Labyrinth zurückleiteten, von wo er gekommen war; doch hinter den Hecken waren tiefe Laufgräben, die unmöglich zu überschreiten waren. Der Leutnant suchte nach alten Worten für sein Entzücken, doch er fühlte, daß sie so schlecht zu dem paßten, was er empfand, daß er schließlich schwieg, um auf eine wunderbare Fülle Kraft der Nerven zu lauschen. Es war als ob alle Saiten der Seele wieder gestimmt worden wären, und er empfand eine Ruhe, die er seit langer, langer Zeit nicht gekannt hatte.

— Bezweifeln Sie noch, daß ich wieder hergestellt bin? — fragte er den Arzt mit einem wehmütigen Lächeln.

— Sie sind auf dem Wege der Besserung, wie ich Ihnen vorher gesagt habe, doch Sie sind noch nicht gesund. —

Sie befanden sich jetzt vor einem kleinen gewölbten steinernen Tor, durch das Patienten, von Wärtern begleitet, hineinströmten.

— Wohin gehen alle diese Menschen? — fragte der Kranke.

— Folgen Sie ihnen, und Sie werden es sehen —, sagte der Arzt. — Sie haben meine Erlaubnis. —

Und Herr von Bleichroden ging hinein. Der Arzt aber winkte einem Wärter zu sich.

— Gehen Sie hinunter nach dem Hotel Faucon zu Frau von Bleichroden —, sagte er; — grüßen Sie von mir und sagen Sie, ihr Mann sei auf dem Wege der Besserung; er habe aber noch nicht nach seiner Frau gefragt. Sobald er das tue, sei er gerettet. —

Der Wärter ging und der Arzt folgte dem Kranken durch das kleine steinerne Tor.

Herr von Bleichroden war in einen großen Saal gekommen der keinem Raum glich, den er bisher gesehen hatte. Es war keine Kirche, kein Theater, keine Schule, kein Rathaus, doch ein wenig von allen zusammen. Im Hintergrunde war eine Apsis, die sich in drei Fenstern mit farbigen Glascheiben öffnete; es waren milde, harmonische Farben, als habe ein großer Farbenkünstler sie komponiert, und das Licht, das hineinfiel, war in einem einzigen großen harmonischen Dur-Akkord gebrochen. Es machte denselben Eindruck auf den Kranken wie der Eudur-Akkord, mit dem Hadyn das Dunkel des Chaos auflöst, wenn in der Schöpfung der Herz nachdem der Chor sich lange und schmerzlich bemüht hat, die ungeordneten Naturkräfte zu entwirren, schließlich ausruft: Es werde Licht, und Cherubim und Seraphim einstimmen.

Unterhalb der Fenster war eine Tropfsteinkuppe, die ein Gewölbe bildete; ein kleiner Bach rann leise daraus hervor und fiel in ein Bassin nieder, in dem Callas standen, deren geneigte Rösche wie Engelsflügel waren. Die Wölbung, welche die Apsis umgaben, hatten keinen bekannten Stil, und ihre Schäfte waren mit braunem weichen Lebermoos bis zur Decke hinauf besetzt. Das untere Gefäß der Wölbung war mit Tannenzweigen bedeckt; und die großen Wandflächen mit angehefteten Laub immergrüner Pflanzen, Lorbeer, Steineiche, Kiefer, geschmückt; alle in Ornamenten, die auf keinen Stil zurückgeführt werden konnten; bisweilen waren sie auf dem Wege, Buchstaben zu formen, aber dann lösten sie sich in weiche, phantastische Pflanzenformen auf, wie die Arabesken Rafiels. Unter den Fensterluetten hingen große Kränze, wie zu einem Maifest, und längs des Dachziegels zog sich ein Ornament hin, das nicht auf die Kolossalität Egyptens, den Mäander Griechenlands, die Acanthusvariationen Roms, die Untiere des Romanismus, noch auf das Dreiblatt und die Kreuzblüten der Gotik zurückgeführt werden konnte.

Herr von Bleichroden sah sich um und fand den Boden mit Planken bestreut, auf welchen die Patienten des Hospitals im stillen Bewunderung saßen. Er nahm auf einer Bank Platz und hörte Senker neben sich. Da sah er einen Mann, von vierzig Jahren wohl, der das Gesicht mit den Händen bedeckte und weinte. Er hatte eine krumme Nase, Schnurr- und Spitzbart, und gleich im Profil einem Bilde, das Herr von Bleichroden auf französischen Münzen gesehen hatte. Es war scheinbar ein Franzose. Hier sollten sie sich also treffen, hier lag Feind neben Feind, beide etwas beweinend. Was? Daß sie ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllt hatten!

(Fortsetzung folgt.)



schlusse geändert oder nicht? Ich behaupte nein! Genau wie voriges Jahr will man, daß die U. S. P. D. in der R. P. D. aufgeht; man will also die Partei spalten zugunsten einer Sektion, welche durch ihre Tätigkeit im Sinne der Moskauer immer mehr an Einfluss verlor. Das Organisationsbüro in den Bedingungen ist vollkommen nebensächlich und dient nur dazu, den Grundgedanken zu verschleiern. Am besten kann man dies an den Resolutionen erkennen, welche täglich gefaßt und angenommen werden. Es heißt da fast immer, die Partei hat im Sinne der 21 Bedingungen aufzubauen usw. Wenn man etwas mehr prüfen würde, ob tatsächlich eine günstigere Grundlage geschaffen ist als vergangenes Jahr, würde es meiner Ansicht nach doch etwas anders in unserer Organisation aussehen. Wenn sich nun in Halle eine Mehrheit für die Bedingungen findet, so würden diejenigen Delegierten, welche grundsätzlich Gegner der Bedingungen sind, aus der Partei ausgeschlossen werden. Dasselbe würde natürlich konsequenterweise auch für ihre Wähler in Frage kommen. Die Mehrheit der Partei würde sich nun mit der R. P. D. zu verschmelzen haben und da zeigen sich die ersten Schwierigkeiten. Ledig hat bereits in Erwartung der Massen aus der U. S. P. D. erklärt, daß die Aufnahmebedingungen hart sein werden. Nun glaubt ja ein großer Teil Genossen, wenn die U. S. P. D. erst in der R. P. D. aufgegangen sein wird, genügt der Einfluss der hinzugekommenen Massen, um die Organisation in ihrem Sinne zu gestalten. Die Genossen irren. Die R. P. D. behält unter allen Umständen die Leitung und wird diejenigen aus der Organisation entfernen, welche sich sträuben. Die Frage, wie sich die Dinge für uns gestalten werden, wenn wir unter Annahme der Bedingungen unter Anschluß an Moskau vollziehen, werde ich versuchen, bei einer anderen Gelegenheit anzuschneiden. Aber eins möchte ich doch noch erwähnen. Unter keinen Umständen kann die Frage der Bedingungen so gestellt werden, ob für oder gegen Moskau. Dagegen müssen wir Bedingungsgegner uns allen Erstes verwehren. Leider hat es den Anschein, als ob in einzelnen Berliner Distrikten, wo die Leitung nur aus Bedingungsgegnern besteht, bereits die Frage zur Urwahl so gestellt sei, wenigstens erklärte der Genosse Reinschmidt vom 4. Distrikt in der letzten Zentralkonferenz, daß er keinen Genossen die Frage nur so und nicht anders stellen möchte: für oder gegen Moskau. Ich behaupte, das ist eine glatte Fälschung. Darüber gibt es keinen Streit unter uns, mit ganzer Kraft den Kampf zu führen für Sowjet-Rußland, für die Weltrevolution.

## Das Defizit bei der Eisenbahn

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben:

Die bürgerlichen Zeitungen bringen in den letzten Tagen wieder überall in großen Leitern die großen Schulden des Staates zum Ausdruck, und man hebt dann besonders das große Defizit der Eisenbahner hervor. Die „hohen Gehälter und Löhne“ sollen schuld sein. Diese Verleumdung muß immer wieder zurückgewiesen werden.

Durch die lange Kriegszeit ist der Maschinenpark und Wagenpark so in die Brüche gegangen, daß man Privatwerke aufträge geben mußte, um die Reparaturen an Maschinen und Wagen, die so notwendig waren, zu machen. Diese Firmen verdienen an diesen Reparaturen große Summen, obwohl es feststeht, daß man auch die Reparaturen nicht so ausführt, wie es notwendig ist. Wir wollen das hier an einigen Beispielen beweisen. Eine Maschine wurde auf der Vulkanwerkstatt Stettin repariert und diese Reparatur kostete 180 000 Mark. Die Maschine machte die Fahrt von Stettin bis Frankfurt und dann kam sie wieder in die Eisenbahnwerkstätte zu neuer Reparatur. Ferner wurde ein Gefäß in der Firma Fries u. Sohn repariert. Er mußte bei Anfuhr in der Eisenbahnwerkstätte sich einer Nachreparatur unterziehen, weil die Arbeiten unsachgemäß ausgeführt waren. Die hinausgeworfenen Kosten für die Reparatur bei der Firma Fries betragen 60 000 Mark. Ob diese Manipulationen „wirtschaftlich“ sind, überlassen wir der Deffektivität. In den Werkstätten sind eine ganze Anzahl Leute entlassen worden, und man kann ruhig behaupten, daß die Arbeiterzahl um ein Drittel reduziert worden ist, obwohl in den Privatwerken bis zum heutigen Tage noch Reparaturen ausgeführt werden müssen. Diese Wirtschaft innerhalb des Eisenbahnbetriebes trägt vorwiegend zur Höhe des Defizits bei. Die Betriebsräte und Gewerkschaften haben Vorschläge genug gemacht, um die wirtschaftliche Gestaltung des Eisenbahnbetriebes herbeizuführen, aber solange man den Bediensteten nur Pflichten auferlegt und Rechte vorenthält, lehnen die Eisenbahner jede Verantwortung für das Defizit ab.

Ferner wäre der Deffektivität noch zu unterbreiten, wie die Stahl- und Kohlenbarone an der Eisenbahn verdienen. Die Kohlenpreise betragen im Jahre 1912 124 Mark pro Tonne, im Jahre 1919 198,4 Mark, was eine sechzehnfache Verteuerung bedeutet. Der Preis für Schienen ist in demselben Zeitraum von 120 Mark auf das Doppelte, nämlich auf 272 Mark pro Tonne gestiegen, und der Preis für Schwellen hat sich sogar 6mal verteuert. Er betrug 1912 112 Mark und beträgt jetzt 682 Mark pro Tonne. In allen diesen Riesensummen sind relativ und absolut erhebliche höhere Beiträge an Unternehmern zu gewinnen, zum Teil sogar an Wucherprozenten erhalten, als an Arbeiterlöhnen. Darauf mag man das Augenmerk lenken, wenn man nach den Gründen für die Unwirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebes sucht.

Zum Ueberflus wollen wir auch noch den Prozentsatz bekannt machen, der vor dem Kriege an Löhnen und Reparaturen gezahlt worden sind und nach dem Kriege. Es wurden vor dem Kriege von der Gesamteinnahme an Löhnen und Gehältern 23 Prozent bezahlt, an Reparaturkosten für Maschinen und Wagen 27 Prozent. Im Jahre 1919 wurden von der Gesamteinnahme an Löhnen und Gehältern nur 22 Prozent, also noch ein Prozent weniger wie vor dem Kriege, gezahlt.

Man kann also ruhig behaupten, daß die Eisenbahner ihre Pflicht getan haben, aber die Ausbeutung des Staates wird besorgt von denjenigen, die alles auf die Eisenbahner abwälzen wollen. Sie tauschen die Deffektivität bewußt durch ihre Presse, um die Aufmerksamkeit von ihrem eigenen verderblichen Treiben abzulenken.

## Betriebsräte

### An die Betriebsräte der U.S.P.

Am 5. und 6. Oktober d. J. findet in Berlin der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einberufene Betriebsräte-Kongress statt. Da die anderen Parteien ihre Kongressdelegierten vorher zu einer Fraktionsitzung zusammenberufen, laden auch wir die auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Delegierten zum Betriebsräte-Kongress zu einer

#### Fraktionsitzung

ein, die am Sonntag, den 3. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelshof 15, stattfinden wird. Die U. S. P. D.-Delegierten werden ersucht, vollständig zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

## Delegierte zur Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin

Freitag den 1. Oktober 1920, abends 8 Uhr, in Haverlands Festsaal, Neue Friedrichstraße, Generalversammlung.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Zentrale. 2. Stellung zur Arbeitslosenfrage. 3. Der Betriebsräte-Kongress der freigewerkschaftlichen Betriebsräte.

## Gewerkschaftliches

### Die systematische Entlassung von auslernenden Lehrlingen in der Metallindustrie

Uns wird geschrieben: Es hat fast den Anschein, als ob die Unternehmer und Lehrmeister in der Metallindustrie sich untereinander verständigt hätten, die Auslernenden alle zu entlassen. Schon zum Osterquartal war diese Erscheinung zu beobachten, jetzt zum Herbstquartal laufen fast tagtäglich die Meldungen im Verbandsbüro des Metallarbeiter-Verbandes ein, daß nicht nur die Kleinmeister, sondern auch sehr viel größere Betriebe ihre gesamten auslernenden Lehrlinge am letzten Lehrtage entlassen. Der letzte Lehrtag wird im allgemeinen von den Lehrenden und auch den Eltern mit Freuden herbeigesehnt, knüpfen sich doch daran Wünsche und Hoffnungen betreffs besserer materieller Lage im einzelnen Haushalt. 3—4 Jahre lang haben sich diese Eltern das Notwendigste abgearbeitet, nur um die Söhne einem Handwerk zuzuführen. Nun, wo der Zeitpunkt eintreten soll, daß sich der junge Mensch selbständig durchs Leben bringen soll, wo er den Eltern eine Last abnehmen soll, wo er sich vor allen Dingen vom eigenen Verdienst kleiden möchte, jetzt gerade werden alle Hoffnungen durch die Entlassung plötzlich ausgedehnt gemacht. 6—9 Monate Arbeitslosigkeit droht in der Regel bei den heutigen Krisen den Junggehilfen. Was das für den Einzelnen und für die Gesamtheit bedeutet, ist leider den Meisten noch nicht genügend bekannt. Das Selbstvertrauen der Junggehilfen zum eigenen Können, das sowieso noch schwach entwickelt ist, geht bei längerer Arbeitslosigkeit vollständig verloren. Die erworbenen Kenntnisse, die sich nur durch andauernde Übung im Beruf weiter vermehren lassen, verlieren sich nach und nach; immer weniger traut sich der Junggehilfe zu, mutlos läßt er sich im Strome schwimmen und was Wunder, wenn er schließlich dem erlernten Beruf valet sagt, zum Großstadtdummheit wird, Ideen und Pläne in sich aufnimmt, die von einem starken Haß gegen die bestehende sittenlose Wirtschaft zeugen.

Die Unternehmer und die verschiedenen Kammern des Berliner Schlichtungsausschusses vertreten die Ansicht, daß die Lehrverträge lüdigungslos an den letzten Lehrtagen ihrer Beendigung entgegengehen und daß es in das Belieben der Unternehmer gestellt sei, mit Junggehilfen neue Arbeitsverträge abzuschließen oder nicht. Rechtlich hört sich das ganz gut an, enthält aber unter den heutigen Folgererscheinungen des Krieges ein großes Unrecht gegenüber allen Junggehilfen. Wohl soll zugegeben werden, daß in normalen Wirtschaftsjahren die Arbeiterkraft die Ansicht vertritt, daß zur weiteren Ausbildung der Junggehilfen eine zu lange Weiterbeschäftigung beim Lehrmeister nicht immer gutzuheißen ist; aber heute liegt es anders. Heute schlägt der Drang, sich in anderen Betrieben als Junggehilfe weiter zu vervollkommen, in das Gegenteil um. Bei der jetzigen Massenarbeitslosigkeit bedeutet eine sofortige Entlassung nach beendeter Lehre ein Verwässern der erworbenen Berufskennntnisse, ja darüber hinaus bei schwächeren Naturen überhaupt Aufgabe des erlernten Berufes.

Die Junggehilfen sind unzufrieden an den Folgererscheinungen des Krieges; während ihrer Lehrzeit waren alle gut genug, in längerer Arbeitszeit Munition und Kriegsggerät herzustellen, jetzt sollten ihnen genau so wie jedem sonstigen Arbeitnehmer die Beordnungen vom 12. Februar 1920 zugute kommen. Das tatsächliche allgemeine Recht sollte über dem formalen Recht des Einzelunternehmers bei Beendigung der Lehrverträge stehen.

Denn tatsächlich ist doch in sehr vielen Fällen der Lehrling im letzten Lehrjahr in der Leistung den Junggehilfen fast ebenbürtig; wenn es nicht so ist, liegt in der Regel ein Fehler im Ausbildungs-gang durch den Lehrmeister vor.

Es ist aber ferner gemeldet worden, daß Unternehmer die Auslernenden weiterbeschäftigen würden, ja — wenn diese sich verpflichten würden, die Beordnung vom 12. Februar 1920 und die Verfügungen des Betriebsrätegesetzes nicht für sich in Anspruch zu nehmen, vor allen Dingen aber — und das kommt für die meisten Kleinbetriebe in Betracht, wenn die Junggehilfen bedeutend unter den Tariflöhnen arbeiten würden. Gegen diese geheime Sabotage der Unternehmer gegen die Gesetzesvorschriften sowie gegen die Tariflöhne kann nicht laut genug die Deffektivität aufgerufen werden. Die Solidarität der gesamten Arbeitnehmerkraft hat hier in weitgehendem Maße Platz zu greifen. Besonders ist es Aufgabe der Betriebsräte, durch Einspruch gegen die Entlassungen von Fall zu Fall Stellung zu nehmen und den Schlichtungsausschuss zugunsten der Junggehilfen anzusprechen. Die Jugendkommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

### Achtung, Kaufmännische Angestellte!

Der unterzeichnete Verband möchte die Titl. darauf hinweisen, daß bei Abwanderung ihrer Mitglieder in den Banksektor dieselben darauf hingewiesen werden, sich zunächst vor der endgültigen Annahme der Position in mit dem Betriebsrat ins Benehmen setzen zu lassen, da schon in wiederholten Fällen derartige Mitglieder durch die Direktion der Großbanken bei ihrem Dienstvertrag sehr zu ihrem Nachteil abgeknippt haben. Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten.

### Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission

Am heutigen Donnerstag, den 30. September, abends 8 Uhr, findet im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelshof 14-15, eine Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung statt. Tagesordnung: Beratung des Arbeitslosen-Versicherungs-Gesetzes.

### Gewerkschaftsfunktionäre der U.S.P.D.

Wir weisen nochmals auf die heute, Donnerstag, den 30. September, abends 7 Uhr, in Aliens Festsaal, Hallesche, stattfindende Versammlung aller Gewerkschaftsfunktionäre der U. S. P. D. mit dem Thema „Amsterdam oder Moskau“ hin. Die Mitglieder der Verbands-, Kreis- und Gewerkschaftskommission werden ersucht, ¼ Stunde früher zu erscheinen. Der Obmann: W. Hesselbarth.

### Beendigte Streik in den Spritfabriken

In einer am Dienstag stattgefundenen Versammlung erstattete Schütz vom Branerei- und Mühlenarbeiterverband Bericht über eine unvermeidliche Aussprache, die durch die Vermittlung des Generaldirektors Schmeltzer von der Reichsmonopolverwaltung mit den Vertretern der betroffenen Betriebe stattgefunden. Vorbehaltlich der Zustimmung der Arbeitnehmer, die sich noch an demselben Tage entscheiden, wird folgendes vereinbart:

1. Es soll vom 1. August bis 30. September 1920 an die Arbeitnehmer von seiten der Spritfabriken eine Nachzahlung von 40 Mark pro Woche auf den bisher gezahlten Lohn erfolgen.
2. Vom 1. Oktober ab wird die Monopolverwaltung dieselben Löhne einschließlich dieses Zuschlages weiterbezahlen.
3. Der Demobilisierungskommission wird entschieden, ob mit Gültigkeit vom 1. Oktober ab der vom Schlichtungsausschuss am 8. September 1920 gefällte Schiedsspruch gelten soll. Im Falle der Demobilisierungskommission diesen Schiedsspruch genehmigt, wird die Monopolverwaltung vom 1. Oktober ab die in dem Schiedsspruch genannten Löhne zahlen. Im Falle der Demobilisierungskommission den Schiedsspruch nicht als verbindlich erklärt, wird eine neue Verhandlung zwischen der Monopolverwaltung und der vertragsschließenden Organisation stattfinden.
4. Im Falle der Annahme der Vereinbarung durch die Arbeitnehmer-Organisation wird der in den Fabriken Rohlbaum und

Nord- und Süddeutsche Spritwerke augenblicklich ausgebrochenem Streik sofort beendet und die Arbeit am 29. September morgen wieder aufgenommen.

5. Die Firma Rohlbaum hat die formelle Entlassung der streikenden Arbeitnehmer ausgesprochen; diese Entlassung wird als nicht ausgesprochen erklärt und alle streikenden Arbeiter wieder eingestellt. Für die Streiktage wird der halbe Lohn bezahlt.

Die Versammelten erklärten sich mit vorliegenden Bedingungen unter der Voraussetzung einverstanden, daß von einer Berliner Entlohnung nach dem 1. Oktober unter keinen Umständen die Rede sein könne, als wie vom Schlichtungsausschuss entschieden.

### An alle Gewerkschaftsverbände Deutschlands!

Die augenblicklich in Deutschland weitende Abordnung russischer Gewerkschaftsverbände ersucht alle deutschen Verbände um Unterstützung allen Materials wie z. B. Zeitschriften, Tarifverträge, Statuten, statistischen Materials, Instruktionen u. a., mit einem Wort alles das, was sich als charakteristisch für die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaftsverbände erweisen sollte. Unsere Delegation wird ihrerseits den einzelnen Verbänden dies wenige Material, das sie aus Rußland mitbrachte, zukommen lassen. Nach ihrer Rückkehr nach Rußland, wird sie jedoch alles Material, betreffend russische Gewerkschaftsverbände, den Gewerkschaftsverbänden Deutschlands übergeben. Das betreffende Material ersuchen wir an unsere Adresse: Warschauer Hof, Dorothienstr. 69, zu richten.

Der Vorstand der Abordnung russischer Gewerkschaftsverbände  
Sergeff, Rosowski, Angolowitsch

Personalmangel schätzt die Lebensversicherung „Kosmos“, in Berlin vertreten durch die Agentur von D. J. Ab. Werd a, Zimmerstraße 64, vor und ersucht aus diesem Grunde die Versicherer, die Prämien einzufordern. Die Agentur sollte die Wahrheit sagen, daß sie keine Einwände mehr beschäftigen will, denn Arbeitskräfte fehlen ihr zur Verfügung, soweit sie haben will. Die Versicherer mögen die Bedingungen prüfen, ob sie verpflichtet sind, das Geld einzufordern und obendrein noch das Porto zu zahlen.

Die Handtuchfabrik und Wäschefabrik Berlins nahmen nach einem Referat von G. Franke über die Tätigkeit der Betriebsräte eine Resolution, welche die Wahl politischer Betriebsräte verlangt, mit geringer Mehrheit an. Auf Antrag wurde die Wahl vorgenommen und H. Zimmern gewählt. Beim 2. Punkt der Tagesordnung schilderte Kemper die Absichten der Arbeitgeber zwecks Abbau der Löhne. Er schilderte die heftigen schweren Kämpfe, die bereits in Ostpreußen und anderen Provinzen geführt wurden und wies auf die noch bevorstehenden Kämpfe hin. In der Diskussion wurde ein Antrag eingebracht, der den Beschluß der Gaulonsferenz — zwei Extrabeträge für das 3. und 4. Quartal zu Neben — gutheißt und weiter dem Hauptvorstand empfahl, die Beiträge ab 1. Januar 1921 um 50 Prozent zu erhöhen. Eine Herabsetzung der Unterstützungssätze lehnte die Versammlung einstimmig ab.

Achtung! Gewerkschaften Charlottenburgs! Am 11. Oktober 1920 beginnen wiederum die Charlottenburger Volkshilfskurse im Schiller-Realgymnasium, Schillerstr. 26, abends von 7 bis 10 Uhr, die bis zum 17. Dezember er. dauern. Zutritt haben alle, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Hörgelühr beträgt für einen Kursus 3 Mark und für alle Kurse 5 Mark. Der Lehrplan ist recht mannigfaltig. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Wallstr. 80 (Arbeiterkühle), sowie der Obmann der Charlottenburger Gewerkschaftskommission, Otto Flemming, Pestalozzi-Str. 18.

Genererkolaboratorium Spandau. Die Auszahlung der Uebergangsgeldern hat sich etwas verzögert. Wer von den Kollegen und Kollegen noch nicht im Besitz des Geldes ist, möge sich noch etwas gedulden. Die Anträge werden alle erledigt.

J. A. Rodmann.

Schütte-Lang, Joesen. Alle entlassenen Arbeiter sollen ihre Adressen abgeben an W. Schmidt, Reutlin, Eiserstr. 5, und Tag der Entlassung angeben. Die Verhandlung findet statt am Freitag, den 1. Oktober, 1.20 Uhr, Gartenstr. 6.

## Groß-Berlin

### Proletarische Feiertunden

Am 3. Oktober beginnen sie wieder. Jetzt sind sie unserer Genossen nichts neues mehr. Manche Stunde erhabener Schönheit, festlicher Sammlung und heller Begeisterung hat das Proletariat Berlins bereits in ihnen erlebt. Ihr Name ist schon zu einem Programm geworden; vernehmen wir ihn, so klingt etwas in unseren sozialistischen Seelen, was wir nie zuvor vernommen haben: ein reiner Klang von neuer Kunst, geboren aus neuer proletarischer Gesinnung, geboten aus Massenfühlen und Massenwillen. Die Masse der Geschätzten, Namenlosen hat den Kuppelbau des Schauspielhauses zum Tempel ihres Geistes gemacht, nicht dadurch, daß dort freudig mit uns führende große Künstler große Kunst bieten, sondern weil hier die Tausende einig fühlen in erhabener Schönheit, festlicher Sammlung und heller Begeisterung. Kunst ist hier nicht leerer Hall, sondern Einheit von Hall und Wiederhall. Nicht zu behagigen Genüssen betreten wir unseren Tempel, sondern zu starkem, mit-schaffendem Erleben.

Unsere Partei hat der Arbeiterkraft diesen Weg gewiesen. Die Proletarischen Feiertunden sind ein Wahrzeichen der U. S. P. geworden. Sie werden es bleiben, wir werden diese Arbeit weiterführen. Neue Programme sind in Vorbereitung, Programme mit neuem Inhalt. Werke, lediglich für das Proletariat und aus proletarischer Gesinnung geschaffen, harren der Ausführung. Neue Formen der Kunstübung, am Geiste der proletarischen Massen geknüpft, bilden sich heraus. So geht ein befruchtender Strom hin und wieder: vom Proletariat zur Kunst, von der Kunst zum Proletariat. Die Proletarischen Feiertunden schreiben ihm den Lauf vor, bereiten seine Bahn.

Wir sind gewiß, daß das Berliner Proletariat dem neuen Werke, das seinem eigenen Inneren erwuchs, Treue halten wird. Ankündigungen über den Kartenverkauf werden zu gegebener Zeit erfolgen.

USPD.

Taschen-Kalender

1921

Gut gebunden 4.— Mark

Organisationen erhalten Rabatt

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2

Brelte Strasse 8-9







